

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Mehrweg statt Wegwerf auch in städtischen und städtisch subventionierten Betrieben!; Fristverlängerung**

Der Stadtrat hat am 4. November 2010 das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP) erheblich erklärt und dazu am 20. Juni 2013 einer Fristverlängerung bis 28. Februar 2014 zugestimmt:

Seit dem 1. Mai 2007 muss an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen auf öffentlichem Grund Pfand- und Mehrweggeschirr verwendet werden. Die Veranstaltenden sind für die Einhaltung der Regelung und die Kommunikation verantwortlich. Das Mehrwegsystem hat sich mittlerweile gut eingespielt und der Abfallberg kann so mit Erfolg klein gehalten werden.

Währenddem Veranstaltungen auf öffentlichem Grund Pfand- und Mehrweggeschirr benutzen, wird an Grossanlässen städtisch subventionierter Betriebe (z.B. Museen) sowie in von der Stadt gepachteten Betrieben (z.B. Marzilibad) weiterhin mit Wegwerfmaterial gearbeitet.

Höchste Zeit also, dass auch die von der Stadt mitfinanzierten oder verpachteten Betriebe sich dem sinnvollen Mehrwegsystem anschliessen. Dazu braucht es aber offensichtlich sanften Druck.

Die SP/JUSO-Fraktion bittet deshalb den Gemeinderat, in die Leistungs- und Pachtverträge ab sofort die Pflicht zur Verwendung von Pfand- und Mehrweggeschirr zu integrieren.

Bern, 4. September 2008

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP), Michael Aebersold, Giovanna Battagliero, Rithy Chheng, Guglielmo Grossi, Thomas Göttin, Leyla Gül, Stefan Jordi, Ruedi Keller, Lea Kusano, Annette Lehmann, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Hasim Sönmez, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Tanja Walliser

Bericht des Gemeinderats

In seiner Antwort vom 13. Februar 2013 auf das vorliegende Postulat hat der Gemeinderat angekündigt, dass er die Überarbeitung des Mehrwegkonzepts in Auftrag geben wird. Damit kann der Gemeinderat auch den Grundanliegen von weiteren parlamentarischen Vorstössen wie der Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob/Manfred Blaser, SVP): Das Abfallreglement und die Mehrweggeschirrpflicht gilt auch für Grundstücke der Stadt Bern, die durch Mietverhältnisse der öffentlichen Nutzung entzogen sind! oder der Motion Fraktion GLP (Claude Grosjean): Konkretisierung der Pfand- und Mehrweggeschirrpflicht für bewilligungspflichtige Veranstaltungen gerecht werden.

Für die in ein Postulat umgewandelte Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob/Manfred Blaser, SVP) hat der Gemeinderat mit Vortrag vom 23. Oktober 2013 einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. Oktober 2015 beantragt. Zur Begründung hat er darauf verwiesen, dass er das Projekt zur Überarbeitung des Mehrwegkonzepts wie angekündigt gestartet und am 14. August 2013 den Projektauftrag mit folgenden Leitplanken präzisiert hat:

- Die Mehrwegpflicht soll künftig ungeachtet der Eigentumsverhältnisse auf alle bewilligungspflichtigen Veranstaltungen auf öffentlichem Grund im Gemeingebrauch und unter der Hoheit der Stadt Bern angewendet werden (inkl. Lauben {gemäss Urteil Bundesgericht} und Grundstücke von Stadtbauten Bern bzw. neu Immobilien Bern).
- Die Mehrwegpflicht ist nebst dem öffentlichen Grund im Gemeingebrauch auf Verwaltungsvermögen inkl. Anstaltsvermögen auszudehnen. Dabei sind alle städtischen Betriebe unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem Pilotversuch Marzili miteinzubeziehen.
- Es sind Möglichkeiten zur Vereinfachung der Handhabung der Mehrwegeschirrpflicht zu prüfen.

Für die Umsetzung geht der Gemeinderat von folgendem Zeithorizont aus:

- *Sommer 2014:* Ausdehnung der Mehrwegpflicht in den städtischen Verwaltungsgebäuden und Betrieben (z.B. Frei- und Hallenbäder);
- *Sommer 2015:* Ausdehnung der Mehrwegpflicht in den städtisch subventionierten Betrieben (z.B. Kunstmuseum, Stadttheater, Reitschule) und auf öffentlichem Grund (z.B. Lauben in der Altstadt).

In seiner Antwort auf das vorliegende Postulat hat der Gemeinderat am 13. Februar 2013 zudem angekündigt, in der Badesaison 2013 ein Pilotprojekt im Marzilibad durchzuführen. Der Pilotversuch konnte inzwischen erfolgreich und störungsfrei während der ganzen Badesaison 2013 durchgeführt werden. Die Evaluation des Pilotprojekts im Freibad Marzili zeigt auf, dass mit adäquaten Massnahmen die Mehrwegpflicht auf saisonale Badebetriebe ausgedehnt werden kann. Voraussetzung dafür sind effiziente betriebliche Arbeitsabläufe beim betroffenen Restaurationsbetrieb sowie begleitend eine angepasste Kundeninformation bezüglich des Pfandeinsatzes und der Geschirrrückgabemöglichkeiten. Der Einsatz von Mehrwegeschirr im Freibad Marzili wurde von den Gästen mehrheitlich sehr begrüsst und als sinnvolle, ökologische Massnahme zur Abfallverminderung eingeschätzt wie eine Umfrage bei den Gästen im Juli und August 2013 gezeigt hat. Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt fliessen in das in Erarbeitung stehende neue Mehrwegkonzept ein, welches die Grundlage für die Beantwortung des vorliegenden Postulats sein wird.

Zur Beantwortung des vorliegenden Postulats sind die Erkenntnisse aus dem Projekt zur Überarbeitung des Mehrwegkonzepts zwingend erforderlich. Analog zur Fristverlängerung für das Postulat Fraktion SVPplus (Roland Jakob/Manfred Blaser, SVP) beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat deshalb eine Fristverlängerung bis 31. Oktober 2015.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Mehrweg statt Wegwerf auch in städtischen und städtisch subventionierten Betrieben!; Fristverlängerung
2. Er stimmt einer Fristverlängerung bis 31. Oktober 2015 zu.

Bern, 26. Februar 2014

Der Gemeinderat